

Schultes weist Aussagen von AK zu landwirtschaftlicher Besteuerung zurück

### **Einkommenssituation rechtfertigt keine höheren Steuern**

"Die bäuerlichen Einkommen sind im letzten Jahr um mehr als 20% zurückgegangen und die Märkte erholen sich in wichtigen Bereichen seit Monaten nicht. Die AK fordert vom Lebensmittelhandel eine Niedrigpreispolitik und dieser gibt den Druck 1:1 an die Bauern weiter. Ein Landwirt verdient heute pro ha nicht mehr als im Jahr 1988, sondern weniger und das ist schlimm genug, leider aber durch die objektiven Zahlen des Grünen Berichtes belegt. Daher ist es auch nicht gerechtfertigt, wenn von der Arbeiterkammer höhere Steuern für die Bauern gefordert werden. Dass höhere Einheitswerte per ha verlangt werden, ist sachlich nicht begründbar. Durch die Entwicklung hin zu größeren Höfen aufgrund des enormen wirtschaftlichen Drucks sind die Einheitswerte je Betrieb und damit die Basis für alle Steuern und Abgaben jedoch deutlich gestiegen", stellte heute der Präsident der LK NÖ, Hermann Schultes, fest.

AK-Direktor Werner Muhm bemängelte gestern unter Hinweis auf den Grünen Bericht, dass die Landwirte im Vergleich zu 1989 "nur um 30%" mehr Einkommensteuer zahlen. Der Grund dafür liegt laut Schultes vor allem im steuerfreien Existenzminimum, das in gleicher Weise wie für Arbeitnehmer regelmäßig angepasst werden musste, um die Kaufkraft zu erhalten. 1989 waren ATS 56.800,- (EUR 4.128,-) pro Person und Jahr steuerfrei, heute liegt die Steuerfreigrenze bei EUR 11.000,-. "Wo bleibt da die angesprochene Gerechtigkeit, wenn man sich die Bauern für seine Polemik aussucht?", fragt der LK-Präsident.

Auch mit seiner Aussage, "dass die Valorisierung im Sozialversicherungssystem in der Landwirtschaft außer Kraft gesetzt" wurde, liege der AK-Chef falsch. Richtig sei, "dass die Sozialversicherungsbeiträge der Landwirte jährlich erhöht wurden und von vielen Betrieben kaum noch zu bezahlen sind". Die bäuerliche Pensionsversicherung müsse aufgrund des Strukturwandels (Beitragszahler werden deutlich weniger) zum überwiegenden Teil aus öffentlichen Mitteln finanziert werden und nicht deswegen, weil die Landwirte zu wenig einzahlen, gibt Schultes zu bedenken. Überdies sind die Bauernpensionen mit Abstand die geringsten, die durchschnittliche Alterspension betrug 2009 bei Frauen EUR 542,- und

bei Männern EUR 1.027,-.

"Der einzelne Landwirt zahlt also mehr Steuern und Sozialversicherungsbeiträge", stellt der LK NÖ-Präsident klar. Der Vorwurf, dass für die Bauern Steuern und Abgaben seit dem Jahr 1988 nicht entsprechend erhöht wurden, sei angesichts dieser Fakten reine Polemik und im Sinne einer fachlichen Diskussion beschämend.